

Die entscheidungstheoretische Fundierung  
der monetären Dispositionen der Individuen  
und die Beachtung  
der herrschenden Marktbedingungen  
durch die Wirtschaftspolitik  
bilden die Grundlage  
der Theorie der Wirtschaftspolitik  
in einer Geldwirtschaft.

*Hajo Riese (1986), S. 187*



1.

WIRTSCHAFTSPOLITIK  
UND ENTWICKLUNG,  
EINE EINLEITUNG



Der Titel »Wirtschaftspolitik und Entwicklung« kann vielfältige Assoziationen auslösen und eröffnet sicherlich ein großes Feld verschiedenartiger Themen, Argumente und Instrumente. Deshalb soll zu zuerst und vorneweg deutlich gemacht werden, welche Aspekte aus diesem weitläufigem Panorama im folgenden näher fokussiert werden. Mit diesem Buch begibt sich die Leserin und der Leser auf das Terrain der Makroökonomie, wobei sie die Frage nach den Interdependenzen zwischen der Wirtschaftspolitik und ökonomischer Entwicklung begleiten wird. Unter Wirtschaftspolitik werden in dieser Arbeit die Geld-, die Fiskal- und die Einkommenspolitik als die drei zentralen Politikfelder der Makroökonomie gefaßt und dementsprechend wird auf die jeweiligen Träger dieser Politikfelder, namentlich Zentralbank, Staat und Tarifparteien, rekurriert. Als Hinweis und um etwaigen Enttäuschungen vorzubeugen, sei hier jedoch ausdrücklich hervorgehoben, daß das Hauptaugenmerk dieses Buches aus Gründen, die noch zu erläutern sind, auf den Träger der Fiskalpolitik, einschließlich der sozialen Sicherungssysteme, auf zentraler Ebene gerichtet ist: auf den Staat.

Die Fassung des makroökonomischen Akteurs »Staat« ist in der ökonomischen Theoriebildung in hohem Maße mit der Vorstellung von Funktionsmechanismen und Wirkungszusammenhängen in der Ökonomie verknüpft. In der Beschreibung des Staates und seiner Funktionen spiegelt sich implizit die Anschauung über die dem Marktprozeß inhärenten Möglichkeiten ökonomischer Entwicklung sowie die systemischen Restriktionen wider, denen ein Entwicklungsprozeß ausgesetzt ist. Eine analytische Auseinandersetzung mit der Rolle und der Funktion des Staates hinsichtlich ökonomischer Entwicklung sowie die Interpretation der Resultate der Wirtschaftspolitik beinhalten deshalb gleichzeitig eine Auseinandersetzung mit der unterschiedlichen theoretischen Fundierung des staatlichen Akteurs und bedürfen somit eines paradigmatischen Vorgehens, das nicht nur Bedingungen ökonomischer Entwicklung enthüllt, sondern aus dem sich auch Kriterien der Wirtschaftspolitik ableiten lassen.

Mit der Heterodoxie einerseits und der Orthodoxie andererseits stehen sich sowohl in der ökonomischen Theoriebildung als auch in der Theorie der Wirtschaftspolitik zwei konträre Positionen gegenüber. Wiewohl diese Positionen keine Spezifika der entwicklungstheoretischen Debatte darstellen, sondern Ausdruck historisch miteinander konkurrierender Dogmen sind, wurden sie im Zuge der Entkolonialisierung um Argumente ergänzt, welche die besondere Situation von Entwicklungsländern berücksichtigen. Der Strukturalismus bzw. der Neostukturalismus als Vertreter der Heterodoxie verfügen über kein geschlossenes Theoriegebilde. Die Heterodoxie besteht aus überwiegend postkeynesianischen

Fragmenten, die mit spezifischen, dem historischen Entstehungsprozeß geschuldeten Merkmalen von Entwicklungsländern verknüpft und durch die Aufarbeitung konkreter Länderbeispiele insbesondere aus Lateinamerika stark empirisch angereichert werden. Trotz der fehlenden theoretischen Geschlossenheit ist der Strukturalismus für eine Analyse des staatlichen Steuerungspotentials dennoch ein interessanter Ansatz, da er eine weltmarktvermittelte Abhängigkeit postuliert und darüber hinaus von allen Paradigmen wohl das umfangreichste Konzept von staatlicher Steuerung aufweist.

Der Neoliberalismus als Sammelbecken für orthodox inspirierte Autoren, die sich vorwiegend mit entwicklungsländerbezogenen Fragestellungen auseinandersetzen, verfügt über neoklassisch-monetaristische Wurzeln. Der Neoliberalismus ist ein Ansatz, der das staatliche Steuerungspotential im Sinne einer Erreichung von komplexen wirtschaftspolitischen Zielen im Vergleich zum Strukturalismus als relativ gering einstuft. Gleichzeitig stehen die mit der Wirtschaftspolitik verknüpften ökonomischen Kosten in Form von weitreichenden Effizienz- und Wohlfahrtsverlusten im Mittelpunkt des neoliberalen Diskurses. Beides zusammen genommen qualifiziert den Neoliberalismus neben dem Strukturalismus zu einem interessanten Paradigma für die Fragestellungen, denen in dieser Arbeit nachgegangen wird. Die Auseinandersetzung mit der herrschenden Orthodoxie – wie es der Neoliberalismus darstellt – ist aber selbstverständlich auch ihrer ideologischen Hegemonie und damit der Dominanz innerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Debatte geschuldet. Diese Auseinandersetzung dient darüber hinaus der Sensibilisierung der Leserin und des Lesers gegenüber den Fallstricken des Effizienzbegriffs und der argumentativen Vorbereitung darauf, daß staatliche Wirtschaftspolitik unter entwicklungsökonomischen Aspekten gerade *nicht* dem Effizienzkriterium entsprechen muß. Die effiziente Umsetzung einer Wirtschaftspolitik mündet – wie zu zeigen sein wird – weder zwingend in ökonomische Entwicklung noch vermag sie Stagnation oder Krise zu verhindern.

Den Staat im Entwicklungsprozeß aus einer keynesianischen Perspektive zu betrachten bedeutet zweierlei: Zum einen wird die theoretische Fundierung des Staates innerhalb der strukturalistischen und neoliberalen Welt von einer keynesianischen Position aus portraitiert und bewertet. Der Keynesianismus stellt somit die Methodik dar, auf die in dieser Arbeit durchgängig rekurriert wird, und spiegelt zugleich das theoretische Selbstverständnis wider, das dieser Arbeit zugrunde liegt. Zum anderen erfordert die Themenstellung, eine eigenständige keynesianische Fundierung des makroökonomischen Akteurs Staat zu liefern, die sich gegenüber der strukturalistischen und neoliberalen Staatsauf-

fassung qualitativ abzugrenzen hat, um eine Legitimation als einen für die Fragestellung originären Ansatz beanspruchen zu können.

Der Ursprung der in dieser Arbeit verwendeten Keynes-Interpretation läßt sich auf die sogenannte Berliner Schule zurückverfolgen, welche die monetären Aspekte von Keynes betont und eine Dominanz der Vermögensmärkte postuliert. Die Berliner Schule weist vielfältige Arbeiten auf, im Rahmen derer nicht nur eine Auseinandersetzung mit dem jeweiligen *mainstream* der ökonomischen Theoriebildung geführt wird, sondern die sich durch die Entwicklung einer eigenständigen Theorie der Wirtschaftspolitik auszeichnen. Allerdings weist diese Keynes-Interpretation bislang keine explizite ökonomische Fundierung des Staates auf. Darüber hinaus nimmt die Geldpolitik und damit die Zentralbank sowohl in der analytischen Auseinandersetzung mit anderen Paradigmen als auch in der eigenständigen Entwicklung einer Theorie der Wirtschaftspolitik eine gegenüber anderen makroökonomischen Akteuren eine herausragende, wenn nicht gar dominierende Position ein. Die zentrale Rolle, mit der die Zentralbank innerhalb dieses keynesianischen Ansatzes rezipiert wird, spiegelt sich ebenfalls in ihren wirtschaftspolitischen Empfehlungen insbesondere im Hinblick auf die Strategie zur Überwindung von Unterentwicklung wider. Der Auffassung, eine Zentralbank sei – gleich unter welchen Bedingungen in der Lage – makroökonomische Stabilität durchzusetzen, wird – wie noch zu zeigen sein wird – hier widersprochen. Die Steuerungsfähigkeit der Ökonomie durch die Geldpolitik im Hinblick auf eine makroökonomische Stabilisierung und damit auch das stabilitätspolitische Steuerungspotential des Akteurs Zentralbank werden in den hier vorliegenden Ausführungen stark relativiert werden – die asymmetrische Macht, über die eine Zentralbank in einer entwickelten Geldökonomie verfügt, transformiert sich unter Bedingungen der Unterentwicklung in eine stabilitätspolitische Ohnmacht der Zentralbank, womit auch die Frage des institutionellen Designs, einschließlich der Unabhängigkeit der Geld- von der Fiskalpolitik, an Relevanz verliert. Dennoch wird in den folgenden Ausführungen dem Verhältnis zwischen dem Staat als Träger der Fiskalpolitik und der Zentralbank als Trägerin der Geldpolitik ein besonderes Augenmerk gewidmet, um zu ermitteln, unter welchen Bedingungen die Geld- und Fiskalpolitik miteinander konsistent sind, sich gegenseitig bedingen oder gar konterkarieren.

Auf der Basis der aus den jeweiligen Paradigmen abgeleiteten Anforderungen an die Wirtschaftspolitik, insbesondere der Geld- und Fiskalpolitik, konzentriert sich die hier vorliegende Arbeit auf die Analyse der Wirkungen der Wirtschaftspolitik auf einen Entwicklungsprozeß und gleichzeitig der Rückwirkun-

gen des Entwicklungsprozesses auf die Steuerungsfähigkeit der Wirtschaftspolitik. Dabei stehen die Interdependenzen zwischen der Wirtschaftspolitik und dem Marktprozeß im Zentrum des Interesses, da diese über Erfolg und Scheitern der Wirtschaftspolitik entscheiden. Im Kern läßt sich die vorliegende Arbeit auf folgende zwei Fragen reduzieren: Verfügen die drei Paradigmen über eine ökonomische Fundierung des Staates und unterliegt der Staat in einem Entwicklungsland gegenüber dem Staat in einem Industrieland spezifischen Besonderheiten, die seine Aktivitäten entscheidend prägen. Ersteres erforderte die Ausweisung des Staates als ökonomischen Akteur und letzteres eine Ableitung unterschiedlicher Entwicklungsbedingungen aus der Verfaßtheit der Weltwirtschaft. Während letzteres (nicht nur) die ökonomische Disziplin spaltet, erscheint ersteres zunächst über jeden Disput erhaben zu sein. Mit der Verfügung über ein Budget wird der Staat zu einem ökonomischen Akteur, und keines der hier diskutierten Paradigmen negiert die Existenz eines staatlichen Budgets. Das Sein als ökonomischer Akteur wirft jedoch sofort die Frage nach dem ökonomischen Kalkül des Akteurs sowie der Budgetrestriktion auf, der er unterliegt und die nicht durch den politischen Willensbildungsprozeß, sondern durch die vorherrschende Marktkonstellation determiniert sein muß, will sie ökonomisch fundiert sein. So ist die Frage nach der ökonomischen Fundierung des Staates synonym mit derjenigen nach den Bedingungen der Marktteilnahme dieses Akteurs.

Die forschungsstrategische Brisanz der doch in unscheinbarem Gewand daherkommenden Fragestellung enthüllt sich in dem Moment, in dem deutlich wird, daß die Vorstellung des Staates als Marktteilnehmer eine Exogenität dieses makroökonomischen Akteurs gegenüber dem Marktprozeß a priori ausschließt. Damit werden Argumentationslinien obsolet, die entweder die Existenz von gesamtwirtschaftlichen Krisen an das mangelnde staatliche Wohlverhalten im Sinne der Einhaltung redlicher Mindeststandards binden, wie die seit einiger Zeit beobachtbare und fast alle Paradigmen vereinende Debatte um Korruption, Glaubwürdigkeit und Transparenz der Wirtschaftspolitik suggeriert, oder die Ausweitung staatlicher Aufsichts- und Kontrollorgane als zentrales Moment der Abwehr von Krisen betrachten, wie es sich beispielhaft in der Forderung nach einer Verbesserung der Bankenaufsicht widerspiegelt. Sie werden deshalb obsolet, weil der Staat als ein gegenüber dem Marktprozeß endogener Akteur weder Krisen ausschließlich zu verursachen noch deren Prävention zwingend zu gewährleisten vermag. *Die theoretische Fundierung der Staatsauffassung wird auf diesem Hintergrund zum Lackmustest für die Fähigkeit der Paradigmen, eine ökonomische Erklärung und Interpretation von Krisenprozessen liefern zu kön-*



nen. Der dezidierte Bezug auf Entwicklungsländer wurde ausgewählt, da die theoretische Aufarbeitung des Scheiterns von ökonomischer Entwicklung und von Entwicklungsstrategien den Blick für die analytischen Schwächen sowohl des eigenen Paradigmas als auch derjenigen der theoretischen Kontrahenten schärft.

Wiewohl die Orthodoxie über eine ideologische und deshalb auch sprachliche Hegemonie verfügt, dominiert sie jedoch nicht die herrschende Wirtschaftspolitik, die sich durch ein kontinuierliches *muddling through* auszeichnet – und dies in zweifacher Hinsicht: Einmal dadurch, daß sie sich von Krise über Stagnation zur nächsten Krise mit einem aus Ad-hoc-Maßnahmen und medientauglichen Beschwörungen bestehenden Krisenmanagement rettet. Dabei erzwingt das Eintreten einer Krise mit der banalen Macht des Faktischen ein Abweichen der angewandten Wirtschaftspolitik von ihrer ideologischen Basis, dem sich in der Stagnation eine um so entschlossener Exekution der ursprünglich intendierten Wirtschaftspolitik anschließt. Und zum anderen dadurch, daß die theoretische Fundierung der herrschenden Wirtschaftspolitik sich aus Versatzstücken monetaristischer, strukturalistischer und nicht zuletzt auch postkeynesianischer Prägung zusammensetzt, die dennoch – oder gerade deshalb – das Auftreten von Krisenprozessen mit ihrem eigenen Instrumentarium nicht zu erläutern in der Lage sind. Dieses wirtschaftspolitische *muddling through* unterstreicht deshalb nochmals die Notwendigkeit, sich mit den theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik auseinanderzusetzen, nicht nur um die analytischen Schwächen der herrschenden Wirtschaftspolitik schonungslos aufzudecken, sondern vor allem um die Debatte um eine konsistente Theorie der Wirtschaftspolitik zu intensivieren. Die forschungsstrategische Relevanz der Fragestellung ist somit nicht vorwiegend einer Krise der herrschenden Wirtschaftspolitik, sondern vielmehr der Krise der Theorie der Wirtschaftspolitik und damit der Krise der Ökonomie als wissenschaftliche Disziplin geschuldet.

Der Aufbau der Arbeit ist in gewisser Weise spartanisch gehalten. Die Staatsauffassung der drei Paradigmen wird jeweils in sich abgeschlossenen Kapiteln einer Analyse unterzogen. Den Auftakt markieren die Ausführungen zum strukturalistischen Staat als Entwicklungsmotor (Kapitel 2), an den sich Übergangslos die Darlegungen über den neoliberalen Staat als Garant für die Funktionsfähigkeit der Märkte (Kapitel 3) anschließen. Diese beiden Kapitel gliedern sich in je drei Abschnitte, wobei die ersteren beiden Unterkapitel (2.1, 2.2, 3.1 sowie 3.2) der Intention gewidmet sind, die theoretische Fundierung des Staates aus dem Grundverständnis der beiden Paradigmen über die Funktionsweise von

Ökonomien, die sich in einer Konstellation der Unterentwicklung befinden, herauszufiltern. Die sich aus dem gewählten Paradigma stellenden Anforderungen an das staatliche Handeln werden immer in Form von Schlußfolgerungen hervorgehoben. Ebenso hervorgehoben ist die Auseinandersetzung mit dem Effizienzbegriff innerhalb des Neoliberalismus im Rahmen eines Exkurses am Ende des Kapitel 3.2, auf den an dieser Stelle explizit hingewiesen sei.

Auf dieser Basis wird im letzten Abschnitt der beiden Kapitel (2.3 und 3.3) eine Auseinandersetzung mit den wirtschaftspolitischen Empfehlungen der beiden Paradigmen geführt. Die Ausführungen in den beiden Kapiteln beschränken sich auf diejenigen Argumentationslinien aus der strukturalistischen und neoliberalen Welt, die eine Relevanz für die Fassung des Staates aufweisen und erheben somit keineswegs den Anspruch, eine erschöpfende Diskussion der Methodik sowie des Instrumentariums der beiden Paradigmen geleistet zu haben. Dementsprechend befaßt sich die Kritik an der strukturalistischen und neoliberalen Welt, die in den beiden ersten Abschnitten der Kapitel 2 und 3 zunächst immanent geführt wird, um dann in der Auseinandersetzung mit den jeweiligen wirtschaftspolitischen Empfehlungen aus dem vorgegebenen Rahmen herauszutreten und explizit eine keynesianische Position einzunehmen, lediglich mit den auf den staatlichen Akteur bezugnehmenden Argumentationslinien von Strukturalismus und Neoliberalismus.

In Kapitel 4 werden die staatlichen Funktionen und Aufgabengebiete innerhalb des Strukturalismus und Neoliberalismus in verdichteter Form präsentiert. Dieses Kapitel stellt insofern ein gewisses retardierendes Moment in dieser Arbeit dar, da es keine über Kapitel 2 und 3 grundsätzlich hinausgehenden Erkenntnisse über den strukturalistischen und neoliberalen Staat anzubieten hat. Dennoch erleichtert das Kapitel eine konzentrierte Gegenüberstellung der strukturalistischen und neoliberalen Staatsauffassung, die trotz aller Differenzen den gemeinsamen Defekt aufweisen, über keine der ökonomischen Disziplin zuzuordnende Fundierung zu verfügen.

Der Abschluß dieses Buchs ist dem keynesianischen Staat als Marktteilnehmer (Kapitel 5) vorbehalten. Die ersten beiden Abschnitte (5.1 und 5.2) dienen der Ableitung derjenigen Restriktionen, denen ein Einkommensbildungsprozeß in heimischer Währung als Ausdruck für ökonomische Entwicklung unterliegt. Dabei nimmt die Erwartungsbildung der ökonomischen Akteure auf den Devisen- und Gütermärkten in Form der Liquiditätsprämie (5.1.1) und der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (5.2.1) einen zentralen Stellenwert ein, welche die

Unbestimmtheit einer keynesianisch fundierten Wirtschaftspolitik im Hinblick auf ihre Wirkungen bereits andeutet.

Obgleich aus einer keynesianischen Perspektive die Erwartungsbildung der privaten Akteure in Entwicklungsländern sich nicht a priori von derjenigen in Industrieländern unterscheidet, differieren die *Erwartungen* und damit ebenfalls die aus den Erwartungen gespeisten Aktivitäten. Damit begibt sich diese keynesianische Interpretation gleich zu Beginn der Analyse in den Widerspruch sowohl zu den Strukturalisten, die einen unterschiedlichen Erwartungsbildungsprozeß in Entwicklungs- und Industrieländern verorten, als auch zu neoliberalen Autoren, die eine Identität der Erwartungen in Industrie- und Entwicklungsländern postulieren. Selbst bei identischem Erwartungsbildungsprozeß müssen die Erwartungen und die auf den Erwartungen beruhenden Aktivitäten in Entwicklungs- und Industrieländern in einer keynesianischen Welt unterschiedlich sein, da die Erwartungen auf der Grundlage *unterschiedlicher Marktconstellationen* gewonnen werden, was sich in einem divergierenden Auftreten von Preis- und Mengeneffekten (5.1.2 und 5.2.2) äußert.

Eine Annäherung an eine entwicklungs-konforme Wirtschaftspolitik in der keynesianischen Welt erfordert darüber hinaus eine Auffassung über Möglichkeiten und Grenzen der Steuerbarkeit ökonomischer Prozesse insbesondere durch die Geld- und Fiskalpolitik (5.1.3 und 5.2.3), auf deren Grundlage erst eine Steuerungsfähigkeit des Staates thematisiert werden kann. In der Steuerbarkeit ökonomischer Prozesse und der Steuerungsfähigkeit des Staates spiegeln sich zwei Beschränkungen wider, denen der Staat in seinem Handlungsspielraum unterliegt: Zum einen sind es die Restriktionen des heimischen Einkommensbildungsprozesses, denen der Staat von der Einnahmenseite seines Budgets unterworfen ist und die er nur mittelbar durch die Festlegung einer Steuerprogression beeinflussen kann, wobei sich der Umfang der Steuerbasis einer Bestimmung durch die Einnahmenseite des Budgets entzieht; zum anderen unterliegt der Staat in seiner Steuerungsfähigkeit direkt den Beschränkungen seines Budgets, wobei er über die Ausgabenseite unmittelbar Einfluß ausüben kann, ohne jedoch die über den Marktprozeß vermittelten Wechselwirkungen zwischen staatlichen Ausgaben und Einnahmen unterbinden zu können.

Im letzten Abschnitt des keynesianischen Kapitels sollen spezifische Wechselkursregime diskutiert werden. Der Wahl eines Wechselkursregimes wird innerhalb der *scientific community* jenseits aller paradigmatischer Grenzen eine hohe entwicklungspolitische Relevanz beigemessen, in dem postuliert wird, daß mit der Wahl eines Wechselkursregimes entweder eine stabilitätspolitische Absi-

cherung der Einkommensbildung gelingen kann oder ein investitionsgeleiteter Einkommensbildungsprozeß ermöglicht wird. Nationale makroökonomische Stabilität versus internationale Konkurrenzfähigkeit bilden das Gegensatzpaar, das die Debatte um eine für Entwicklung förderliche Marktconstellation prägt und das sich in der alternativen Gegenüberstellung von nominalen (5.3.1) und realem Wechselkursanker (5.3.2) widerspiegelt. Als Ergebnis der Analyse werden abschließend die makroökonomischen Funktionen des keynesianischen Staates sowie die sich daraus ergebenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen vor- und damit zur Diskussion gestellt (5.3.3).

Diejenigen Leserinnen und Leser, die sich nur für eine Theorieschule interessieren, können die Abhandlungen über die anderen Paradigmen getrost links liegen lassen. Auch wenn an einzelnen Stellen zur besonderen Betonung von Differenzen oder gar Gegensätzen ein Verweis auf das bereits zuvor behandelte Paradigma vorgenommen wird, stehen die Kapitel 2, 3 und 5 für sich und setzen nicht die Kenntnis der jeweils anderen voraus. Diejenigen Leserinnen und Leser, die einen Überblick über die Staatsauffassung innerhalb aller drei Paradigmen gewinnen möchten, ohne die analytische Herleitung innerhalb des jeweiligen Theoriestrangs im einzelnen nachvollziehen zu wollen, empfehle ich, auf die Schlußfolgerungen aus den Kapiteln 2.1, 2.2, 3.1, 3.2, 5.1 und 5.2 zurückzugreifen und sich dann auf die anderen (Teil-)Kapitel zu konzentrieren. Die knapp gehaltenen Schlußfolgerungen sind am Ende der genannten Unterkapitel leicht erkennbar hervorgehoben.

Abschließend einige Bemerkungen zu der in diesem Buch verwendeten Literatur. Innerhalb der Herleitungen des 2. Kapitels wird aus zwei Gründen mehrheitlich auf eine ältere, dem Strukturalismus zuzuordnenden Literatur zurückgegriffen: Die neuere neostrukturalistische Literatur ist bereits durch die Übernahme neoliberaler Elemente gekennzeichnet, was sich in einem von Neostrukturalisten zunehmend eingeforderten Pragmatismus jenseits ihrer eigenen theoretischen Basis ausdrückt und gleichzeitig eine stringente Auseinandersetzung mit strukturalistischen oder auch nur strukturalistisch inspirierten Argumenten erschwert. Die alte strukturalistische Debatte wiederum ist – zumindest so weit es die Wirtschaftswissenschaft betrifft – reichhaltiger und umfassender als die neostrukturalistische Literatur der 80er und 90er des ausgehenden 20. Jahrhunderts es widerspiegelt. In den wirtschaftspolitischen Empfehlungen (Unterkapitel 2.3) jedoch wird deutlich herausgearbeitet, welche strukturalistischen Argumente auf der Basis einer Auswertung der strukturalistischen Phase insbesondere in Lateinamerika von Neostrukturalisten im Kern bestätigt und in einer zeitgenössischeren

Variante weitergeführt werden und von welchen sie sich tatsächlich loslösen – häufig um sich gegenüber neoliberalen Gedankengut stärker zu öffnen. Mit dieser Vorgehensweise soll es den Leserinnen und Lesern auch erleichtert werden, zwischen originären Weiterentwicklungen innerhalb des strukturalistischen Paradigmas einerseits und andererseits Konzessionen an den seit den 80er Jahren vorherrschenden neoliberalen *mainstream* zu differenzieren.

Innerhalb der Literatur des Kapitels 3 wird häufiger auf Deepak Lal als auf andere neoliberale Autoren Bezug genommen. Deepak Lal ist meines Erachtens derjenige von allen neoliberalen Autoren, der aus einer methodischen Perspektive am konsequentesten vorgeht und deshalb auch die geringsten Widersprüche in seinen Argumentationsketten aufweist. Die analytische Schärfe, die ihn auszeichnet, kann ohne Zweifel als außergewöhnlich bezeichnet werden.

Wer die Kapitel 2 und 3 liest, wird darüber hinaus sehr schnell feststellen, daß in den Unterkapiteln 2.1, 2.2, 3.1 und 3.2 sehr häufig ausführliche Zitate aus der jeweiligen Primärliteratur verwendet werden. Diese Vorgehensweise soll transparent zu machen, auf welcher Grundlage die Interpretation durchgeführt und die Schlußfolgerungen gezogen wurden. Insofern stellen die Zitate nicht nur elementare Bausteine meiner Argumentationskette dar, sondern ermöglichen es jeder Leserin und jedem Leser nicht nur aufgrund ihrer inneren Logik diese Argumentationskette im Detail zustimmend nachzuvollziehen oder aber auch gegebenenfalls zu verwerfen.